

Besprechungen

Antonio Robert: Freiheit — Ethos der Wirtschaft. (Schriftenreihe Internationale Wirtschaft, Bd. 3.) Mainz 1963. Krausskopf-Verlag. 216 S.

Dieses Buch (in der Originalausgabe „El Camino de la Libertad“ betitelt) bringt eine anregende und gut lesbare Darstellung der modernen sozialökonomischen Entwicklung bzw. der industriellen Revolution mit ihren positiven und negativen Begleiterscheinungen. Der Verfasser schildert die Wege, welche die Industrialisierung in den letzten Jahrhunderten und Jahrzehnten genommen hat. „Am Anfang stand Europa.“ Es folgten die Vereinigten Staaten mit ihrer schier ungläublichen Produktionssteigerung und „wahrhaften Konsumexplosion“.

In dieser dynamischen Entwicklung ändert sich freilich die Struktur der Marktwirtschaft. An die Stelle einer ungehemmten Konkurrenz mit freier Initiative des risikofreudigen Unternehmers ist eine gelenkte Marktwirtschaft getreten, die „die Form eines gegliederten Wesens“ angenommen hat, „das in seinen vielerlei und komplizierten Bestandteilen immer differenzierter und besser organisiert erscheint“ (S. 45). Der dritte Weg der Industrialisierung — und dieses Mal einer „Industrialisierung um jeden Preis“ — ist von der Sowjetunion beschritten worden. Die wertvollste Lehre, die uns diese gewaltsam forcierte Entwicklung gegeben hat, ist die Überschätzung einer zentralisierten Wirtschaftslenkung. Diese muß, wie die Erfahrung zeigt, „schließlich an Wirkung verlieren und zu einer Abschwächung der Leistung des von ihr gesteuerten Wirtschaftssystems führen, ... wenn nicht gleichzeitig die Kraft der dezentralisierten Entscheidung, die Initiative derer, die die täglichen Aufgaben in Produktion und Dienstleistungen verwirklichen, zur Geltung kommt“ (S. 71).

Der Verfasser behandelt im zweiten Teil seines Buches den Aufstieg Japans zu einer großen Industriemacht sowie die immensen Anstrengungen der Volksrepublik China, ihre Volkswirtschaft — diese großenteils mit sowjetischer Hilfe — zu industrialisieren und auf jede nur mögliche Weise voranzutreiben.

Der dritte Teil des Buches, „Mezzogiorno der Welt“ betitelt, ist den Entwicklungsländern bzw. der „potentiellen Kapazität der Exoteren“ gewidmet. Hier sei den menschlichen Realitäten besonders Rechnung zu tragen. Gleichzeitig sollten die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen geschaffen werden, damit die latenten Kräfte und Begabungen wirksam werden können.

Die gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Umwälzung der menschlichen Lebensverhältnisse ist ein weltweiter Prozeß von teils rascher, teils langsamer, teils gehemmter Entwicklung geworden. Die hochentwickelten Industrienationen tragen, wie der Verfasser mit Recht betont, die Hauptverantwortung einer vernünftigen und zweckmäßigen Lenkung und Beeinflussung dieses globalen Entwicklungsprozesses (S. 207). Über den materiellen Problemen steht die Frage, wie es dabei dem Menschen ergeht. Infolgedessen kann auch eine materiell rückständige, „aber von menschlichen Werten zutiefst durchdrungene traditionelle Gesellschaft“ vieles geben, was zur Begründung eines neuen humanen Lebensstils notwendig ist (S. 216). Der Autor versteht es ausgezeichnet, dem Leser anschaulich dargebrachte Kenntnisse über die vielgestaltige moderne Wirtschaftsentwicklung zu vermitteln und darüber hinaus den Sinn für das Menschliche zu wecken und zu vertiefen.

Herbert Schack, Berlin

Leo Strauss: Über Tyrannis. Eine Interpretation von Xenophons „Hieron“ mit einem Essay über Tyrannis und Weisheit von Alexandre Kojève. (Politica Bd. 10.) Neuwied a. Rh. und Berlin 1963. Hermann Luchterhand Verlag GmbH. 241 S.

Auf der Grundlage einer mit tiefem Einfühlungsvermögen ausgeführten exegetischen Durchleuchtung des klassischen Dialogs, den Xenophon zwischen dem Dichter Simonides und dem syrakusischen Tyrannen Hieron führen läßt, unternehmen es zwei Philosophen unserer Tage, die Diktatur im allgemeinen als geistiges Phänomen zu erschließen.

Während Strauss das Verlangen nach Ehre und Prestige, die „zur Vervollkommnung des Menschen unerläßlich“ seien, als eines der primären Motive allen politischen Machtstrebens, einschließlich der Tyrannis, ansieht (S. 210 ff.), meint Kojève (S. 151 ff.), daß die Arbeit an sich, „die Begierde, eine Unternehmung zum Erfolg zu führen“, der Hauptanreiz sei. Beide haben recht. Es kommt nämlich ganz darauf an, welchen Tatbestand, welches Beispiel man im Auge hat. Im übrigen gibt es wahrscheinlich ebensoviel Beweggründe für die Gewaltherrschaft, wie sie Arten aufzuweisen hat. Von den zahlreichen „geopolitischen“ Schattierungen, die sich heute rund um den Globus zeigen, ist eigentlich nur die kommunistische Diktatur von Bedeutung. Die anderen sind lediglich sporadischer Natur und weltpolitisch bedeutungslos, wobei immer die Gefahr besteht, daß sie in den östlichen Sog hineingeraten können. Schon aus diesem Grunde sollte ihnen, unter gewissen Kautelen, nicht das versagt werden, was der Hauptgruppe an Unterstützung, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, nur allzu bereitwillig gewährt wird. Insofern ist das klassische Bezugssystem kaum geeignet, die ideologisch begründete und technisch nahezu perfekte Diktatur der Moderne begreiflich zu machen, die alles in den Schatten stellt, was die Geschichte an ähnlichen Erschei-

nungen aufzuweisen hat. Wenn es der Tyrann Hieron als ausgesprochen absurd findet, ganze Völker, die inzwischen nach Hunderten von Millionen zählen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Herrschaft hinter Mauern gefangenhalten zu wollen, so ist auch das Wirklichkeit geworden. Um solches zu vollbringen, müssen stärkere Triebkräfte vorhanden sein, als sie die Antike mit der Steigerung und „Verfeinerung“ der Sinnesgenüsse, die auch uns nicht fremd sind, kultivierte. Die Beweggründe für die Diktatur von heute sind hauptsächlich in einem zwar nicht durchaus neuen, aber durch die Technik materiell und ideell bis zum Widersinn gesteigerten Sendungsbewußtsein zu suchen. Dem vermeintlichen Rufe der Vorsehung oder der gleichermaßen mißverstandenen Geschichte als einem wahrhaften *deus ex machina* folgend, wird das Ziel der Diktaturen der Neuzeit ein End-Staat, ein Tausendjähriges Reich. Angesichts dieses allgemein-menschlichen Notstandes, der dadurch in die Welt gekommen ist, plädiert Strauss mit Leidenschaft für die Aufrechterhaltung des „Reiches der Notwendigkeit“ und gegen das vom Kommunismus geplante „Reich der Freiheit“, das ein Paradox zu seiner nun schon ein halbes Jahrhundert währenden Praxis bildet. So richtig also die Prämisse des Verf. ist, so anfechtbar scheint uns sein Schluß (S. 236): „Der Anbruch des universalen [und einheitlichen] Staates bedeutet das Ende der Philosophie auf Erden...“ Wir meinen — in Übereinstimmung mit den Klassikern der Philosophie —, daß er das so wenig bedeutet wie das verheißene „Paradies auf Erden“. Der Weltstaat, auf demokratischer Grundlage als unabwendbarer Bedingung, ist nach unserer Auffassung eine Notwendigkeit. Die Notwendigkeit aber verträgt keine Beschuldigung noch Beschönigung, noch bedarf sie der Entschuldigung, sondern lediglich des Existenznachweises.

Julius Gumpert, Berlin

Politische Psychologie (Schriftenreihe): Band 1: Politische Psychologie als Aufgabe unserer Zeit. Band 2: Autoritarismus und Nationalismus — ein deutsches Problem? Frankfurt/M. 1963. Europäische Verlagsanstalt. 108 u. 96 S.

Von den Teilgebieten der Politischen Wissenschaft ist die politische Psychologie bisher recht schwach entwickelt. Das mag vor allem daran liegen, daß zwar die Sozialpsychologie eine Reihe von wesentlichen Erkenntnissen gesichert hat, aber meistens bei der Untersuchung kleiner Gruppen, und daß der Übergang von solchen Ergebnissen zu Großgruppen wie Volk und Staat sehr schwer zu vollziehen ist. So ist es zu begrüßen, wenn ein Arbeitskreis sich dieser Probleme annimmt. Freilich ist die Aufzählung der zwölf Grundprobleme in *Jacobsens* einführendem Beitrag: „Was ist politische Psychologie?“ etwas verwirrend. Er führt eine Fülle politologischer Probleme auf, die sicherlich auch ihre psychologischen Aspekte haben, bei denen aber individual- und sozialpsychologische Fragestellungen reichlich durcheinander gehen. So scheint mir ein Punkt 11: „Das Problem der geistigen und charakterlichen Reifung eines Volkes in bezug auf

die Möglichkeit demokratischer Staats- und Lebensformen“ einer Fülle von Voruntersuchungen zu bedürfen, etwa: Wieweit kann man überhaupt von „Volkscharakter“ sprechen? Kann man den Begriff „Reifung“ vom Individuum auf eine Gruppe übertragen? Ist Demokratie und Reife einfach einander zuzuordnen? usw. In seinem Hauptbeitrag „Politische Grundeinstellungen in der Bundesrepublik. Eine politisch-psychologische Diagnose an zwei Daten: 1952 und 1959“ warnt Jacobsen mit Recht davor, mit der Arbeit zu warten, bis das Methodenproblem gelöst ist“. Was er bringt, sind allerdings gut bekannte Tatsachen in psychologischer Formulierung. 1952 sei die Haltung noch dadurch bestimmt gewesen, daß man verhaltene Ressentiments nicht abzureagieren vermochte, 1959 ständen sich „Apolitisierung durch Wohlstand“ und „Repolitisierung durch aktuell Bedrohliches“ (die Hakenkreuzschmierereien) gegenüber.

Der zweite Band ist ein Tagungsbericht. Neben den Psychologen kommen der Historiker (Karl Dietrich Bracher), der Soziologe (Max Horkheimer) und die Pädagogen (Günter Rönnebeck und Walter Schmelzer) zu Worte. Heinz Wiesbrock untersucht die Frage: „Ist der deutsche Volkscharakter besonders anfällig für Autoritarismus und Nationalismus?“. Er beginnt mit der vorsichtigen Frage, ob man überhaupt von Volkscharakteren sprechen könne; er möchte statt dessen lieber den Begriff „Volkscharakteristika“, d. h. charakteristische Einzelzüge setzen. Bracher hatte die Unsicherheit des deutschen Selbstbewußtseins an den Beispielen der zwiespältigen Stellung zur Revolution, des Scheiterns von 1848, der krampfhaften Übernahme des preußischen Militarismus durch das liberale Bürgertum usw. geschildert. Hier knüpft Wiesbrock an mit der Formel: „Der deutsche ‚Volkscharakter‘ ist seit etwa 200 Jahren durch ein problematisches, unsicheres und besonders spannungsreiches Selbstgefühl bei zeitweilig starker Neigung zu sthenischen Abwehrreaktionen und Stabilisierungsverstößen gekennzeichnet.“ Sicher korrekt, aber ob diese Übersetzung der historischen Erkenntnis in andere Terminologie wissenschaftlich fruchtbar ist, müßte erst in einer vergleichenden Darstellung verschiedener Nationen oder Epochen erwiesen werden. Die beste psychologische Bemerkung beider Bände stammt weder von einem Psychologen noch aus der Gegenwart, sondern ist ein Zitat aus Niebuhrs „Römischer Geschichte“: „Nationaleitelkeit wie persönliche schämt sich des Mißlingens, welches Beschränkung der Kraft verrieth, mehr als der größten Schmach, welche träges oder feiges Unterlassen aller Anstrengungen nach sich zieht. Durch jenes werden hoffärtige Ansprüche vernichtet, bei diesem bestehen sie fort.“

Wirkliche Erweiterung unserer Erkenntnis bringt der Beitrag von Wanda v. Baeyer-Katte: „Das Verlockende im NS-Führerprinzip.“ Sie vergleicht es mit der Verlockung des Spiels mit dem Feuer. Es verlockt die Normlosigkeit, die mit Reputation eigentümlich verknüpft

ist. „Das Verlockende liegt für den Kriminellen im Kriminellen, für den Idealisten im scheinbaren Idealismus, für den Zyniker im Zynismus des Systems.“ Aus *Horkheimers* Beitrag: „Sozialpsychologische Forschungen zum Problem des Autoritarismus, Nationalismus und Antisemitismus“ sind zwei sehr glückliche Formulierungen hervorzuheben. „Der Lebensneid ist charakteristisch für Menschen, die einen Mangel spüren.“ (Die besondere Rolle des Neides in der deutschen Gesellschaft im Vergleich zu der unbefangenen gegenseitigen Anerkennung verschiedener sozialer Schichten in England und Amerika sollte einmal besonders untersucht werden.) Und die andere, daß zur Erfahrungsbreite auch Genußfähigkeit gehört!

Beide Bände enthalten viele anregende Einzelgedanken. Ob sie sich zu einer systematischen wissenschaftlichen Betrachtung zusammenschließen können, bleibt aber noch offen.

Otto Heinrich v. d. Gablentz, Berlin

Friedrich Lütge: Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gesammelte Abhandlungen. Stuttgart 1963. Verlag Gustav Fischer. 395 S.

Wenn Lütge sich zur Veröffentlichung des vorliegenden Bandes entschlossen hat, so waren für ihn insbesondere zwei Gründe maßgebend. Einmal wurde ein entsprechender Wunsch an ihn herangebracht, da einige der in diesem Sammelbande zusammengestellten Beiträge heute schwer zugänglich sind. Sodann möchte der Verfasser von manchen in dem Bande behandelten Problemen Abschied nehmen, um sich anderen Fragen zuzuwenden. Die wieder abgedruckten neun Beiträge sind in der Zeit von 1936 bis 1962 veröffentlicht worden, davon sieben in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik. Von ihnen ist der Aufsatz „Ritterpferde und Ritterpferdgelder in Thüringen“ zuerst in der Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde 1940 erschienen. Die Abhandlung „Luthers Eingreifen in den Bauernkrieg“ geht auf einen Vortrag zurück, den der Verfasser im Herbst 1943 in einem akademischen Kreis in Leipzig hielt; der Vortragscharakter ist nicht abgeändert worden (vgl. S. 112 Anm.). Der Beitrag „Die Hufe in der thüringisch-hessischen Agrarverfassung der Karolingerzeit“ erschien in Schmollers Jahrbuch 1937, und der erste Beitrag der Sammlung „Das Problem der Freiheit in der frühen deutschen Agrarverfassung“ wurde für die Festschrift für Amintore *Fanfani* 1962 geschrieben.

Es handelt sich bei den neun Abhandlungen um einen Wiederabdruck und nicht — worauf Lütge mehrfach ausdrücklich hinweist — um eine Neubearbeitung. Eine solche würde der gestellten Aufgabe widersprechen, würde nicht die Etappen der eigenen Entwicklung erkennen lassen. Das besagt nicht, daß alle Beiträge wieder unverändert abgedruckt worden sind. Ergänzungen wurden vorgenommen, und neue Literatur wurde hinzugefügt. Aber nicht alle Hinweise und

Kritiken zu diesen Beiträgen sind bei der Überarbeitung berücksichtigt worden.

Es ist im Rahmen dieser Rezension nicht möglich, auf die einzelnen Beiträge inhaltlich einzugehen. Trotz der Verschiedenheit der Themen ergänzen sich die Abhandlungen teilweise. Die Thematik ist weit gespannt, sie geht bis in die Anfänge des Kapitalismus hinein. Manche interessanten, aber umstrittenen Probleme der Wirtschaftsgeschichte werden geschickt in Angriff genommen und behandelt, so das Problem der Freiheit in der frühen deutschen Agrarverfassung, die geschichtlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Folgen des jähen Zusammenbruchs der deutschen und europäischen Bevölkerungsentwicklung in der Mitte des 14. Jahrhunderts durch das Auftreten der Pest, die bekannte Kontroverse „Nahrungsprinzip oder Erwerbsstreben“. Die für Lütge als Forscher charakteristische Betonung der geschichtlichen Übergangszeiten zeigt sich deutlich. Bei einer intensiven Beschäftigung gerade mit diesen Perioden kommt man nach ihm „den treibenden Kräften und Mächten“ der Geschichte näher, „als wenn man sich nur mit den Glanzzeiten befaßt“ (S. 337).

Der Leser findet in den Aufsätzen manche treffende grundsätzliche Bemerkung zur Wirtschaftsgeschichte. „Fragen sind“, heißt es S. 36 z. B., „aber immer fruchtbar, wie auch die endgültige Antwort ausfallen mag. Denn nur an Fragen und am Fragen entzündet sich immer wieder der Funke der Wissenschaft.“ Eine Selbstverständlichkeit, die aber immer wieder vom Wirtschaftshistoriker betont und vor allem beachtet werden muß, ist, daß Wirtschaftliches nicht allein aus Wirtschaftlichem erklärt werden kann, der wirtschaftliche Teilbereich kann nicht für sich allein betrachtet werden (S. 144). Bei der Behandlung von Problemen bringt Lütge eine ganze Anzahl gut durchdachter Argumente und wertvolle Literaturhinweise. Immer wieder erkennt man die Sorgfalt, mit der der Verfasser arbeitet. Die Aufsätze stellen vielfach eine gute Ergänzung, insbesondere auch Vertiefung zu seinem Lehrbuch „Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ dar. Mit Recht weist er auf Lücken, auf das Fehlen hinreichender Untersuchungen über dieses und jenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte hin; hier muß auf weitere Untersuchungen gewartet werden. Der Leser wird durch das Buch zu kritischem Denken angeregt und legt es aus der Hand mit dem Eindruck, daß auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte noch viel zu tun ist.

Im Anschluß an den sechsten Beitrag „Über die Auswirkungen der Bauernbefreiung in Deutschland“ hätte man gern auch den Wiederabdruck der 1933 im Jahrbuch für Nationalökonomie erschienenen Arbeit des Verfassers über *Marwitz* gehabt. Angesichts der Fülle herangezogener Autoren und des umfangreichen Stoffes würden ein Namen- und ein Sachverzeichnis das Arbeiten mit dem vorliegenden Buch erheblich erleichtern.

Der Wert der verdienstvollen, ausgezeichneten Schrift wird nicht gemindert, wenn ich abschließend auf einige kleinere Druckfehler usw. hinweise. S. 175 muß es Konversations- und nicht Konservationslexikon, S. 191 Droste-Hülshoff und nicht Hölzhoff, S. 368 Kaiser Karl IV. und nicht Kaiser IV. heißen; von „billigen Preisen“ (S. 255 und S. 257) sollte man nicht sprechen. Die am Ende des Buches gebrachte Liste der in Buchform erschienenen Arbeiten des Verfassers bringt 22 und nicht 21 Titel, die Nr. 19 erscheint doppelt.

Bruno Schultz, Berlin

Walther Herrmann: Bündnisse und Zerwürfnisse zwischen Landwirtschaft und Industrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Dortmund 1965. Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte. 35 S.

Die Schrift, die auf einen Vortrag zurückgeht, beginnt mit einer historischen Lektion, die einen politischen Unterton hat, und sie endet mit einem politischen Appell, der einen historischen Hintergrund hat. Von der Warte eines wachsenden Wirtschaftszweiges aus kritisiert Herrmann die Art und Weise, mit der sich ein schrumpfender Wirtschaftszweig mit dem wachsenden kritisch auseinandersetzt. Leider bleibt die dritte Kraft, der tertiäre Sektor, aus dem Spiel. Herrmann verfolgt die Politik der Landwirtschaft von der Zeit der Bauernvereine des 19. Jahrhunderts an und arbeitet die Tendenz zum Verteidigen, zum Klagen und zur Isolierung heraus, die dazu führte, daß die Landwirtschaft ideologisch einen Trennungsstrich durch die produzierende Wirtschaft zog. Dabei hat es allerdings nie an Querverbindungen gefehlt: Industrielle, die Gutsbesitzer waren, Industrien, die an die Landwirtschaft lieferten, und gemeinsame Zollinteressen erleichterten Bündnisse. Herrmann tadelt die Politik der Landwirtschaft, die konservative Kraft der Beharrung gegen Industrialisierung und Kreditwirtschaft auszuspielen und den eigenen Vorteil darin zu sehen, daß dieser dem andern verkürzt wird. Auch die Hinfälligkeit früherer militär- und parteipolitischer Argumente wird verdeutlicht.

Herrmann fordert von der Landwirtschaft die Abkehr von einer traditionalistischen Konzeption, die sie aus dem volkswirtschaftlichen Gefüge herausgelöst hat. Er betont die Hilfsbereitschaft der Industrie. Diese wird nicht erläutert und bleibt so problematisch. Ist es die Art Hilfe, die sich als Selbsthilfe auswirkt und für die der Selbstbehauptungswille nicht Ärgernis, sondern Ansatzpunkt ist? Die Art Hilfe, die dem landwirtschaftlichen Unternehmer neue Methoden der Ausbildung und Unternehmensführung nahebringt und die moderne Mobilität auch für die Landwirtschaft nutzbar macht? Wo darüber nichts Näheres gesagt wird, argwöhnt der Leser (vielleicht zu Unrecht), mit Hilfe könnte auch eine goldene Fessel gemeint sein — nur eine andere als bisher. Deshalb hätten mehr Worte über die Hilfsbereitschaft doch wohl not getan.

Rolf Engelsing, Berlin

Wolfgang Schieder: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Stuttgart 1963. Ernst Klett Verlag, 360 S.

Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung sind, was aus dem Untertitel des Buches „Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830“ auch hervorgeht, nicht in Deutschland zu suchen. Dies mag mit ein Grund dafür sein, daß eine Zusammenschau der bisherigen Einzelforschung auf diesem Gebiet so lange ausblieb. Um so mehr ist die Mühe des Verfassers zu würdigen, der sich mit einer bei Dissertationen durchaus nicht immer erreichten Akribie dieser Aufgabe angenommen hat. Neben die Zusammenfassung bekannten Materials tritt eine Fülle neu erschlossener Quellen aus deutschen und ausländischen Archiven. Zahlreiche gedruckte, bisher aber weitgehend unbekannt Zeugnisse aus den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung, wie Flugblätter, Flugschriften und Liedertexte, werden analysiert und für die gebotene Gesamtbetrachtung ausgewertet.

Der Verfasser beschränkt seine Untersuchung auf das Jahrzehnt 1832 bis 1842, in dem — zunächst in Paris, dann in der Schweiz und in London — von deutschen Handwerksgesellen und politischen Flüchtlingen, darunter nicht wenige emigrierte Intellektuelle, Arbeitervereine unterschiedlichster Namensgebung ins Leben gerufen wurden. Aus verschiedenen sozialen Schichten wächst dabei eine Einheit zusammen, die sich überberuflich und überlokal zu einer „Bewegung des vierten Standes“ formiert. Nach der chronologischen Darstellung der Entstehung und Entwicklung dieser Bewegung setzt sich der Verfasser in einem weiteren Kapitel mit der Struktur und der Tätigkeit der einzelnen Bünde und Vereine im Ausland auseinander. Immer wieder wird dabei den Verbindungen der einzelnen Gruppen untereinander und ihren Beziehungen zur Heimat nachgegangen. Man erfährt vieles über Anzahl, Herkunft und politische Betätigung der Mitglieder, über die Bedeutung von Flugblättern und -schriften. Im dritten und wohl auch bedeutsamsten Teil des Buches setzt sich der Verfasser mit der politischen Bewußtseinsbildung jener Handwerksgesellen und Flüchtlinge, mit den ideologischen Hintergründen ihres öffentlichen Wirkens auseinander. Er zeigt, wie sich aus religiösen Wurzeln („Religiöser Radikalismus: der Einfluß *Félicité de Laménais*“ und „*Weitlings* Sozialismus als religiöser Sozialismus“) Radikalismus und Sozialismus der Arbeiterbewegung entwickelten, bis schließlich bei *Weitling* religiöse Gefühle nur noch als propagandistisches Werbemittel angerufen wurden. Gerade dem Einfluß von *Laménais* und *Weitling* auf die geistige Haltung der frühen deutschen Arbeiterbewegung wird besonderer Raum gewidmet. Dabei zeigt sich, wie stark trotz aller Versuche einer Verleugnung der religiöse Ursprung, das „quasi-religiöse Glücks- und Erlösungsbedürfnis“, neben den sicher auch vorhandenen materiellen Interessen die treibende Kraft der politischen Wirksamkeit gewesen ist, wobei letztere, so wie die Dinge lagen, sich weitgehend auf die Aktivität im Ausland beschränken mußte.

Mit einem reichhaltigen Literatur- und Quellenverzeichnis ausgestattet, bietet das vorliegende Buch einen interessanten Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Deutung des politischen und sozialen Denkens ihrer ersten Führer und vermeidet vor allem jede parteilich oder politisch orientierte Einseitigkeit.

Harald Winkel, Mainz

Wolfgang Köllmann: Wuppertaler Färbergesellen-Innung und Färbergesellen-Streiks 1848—1857. Akten zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland. (Historische Forschungen, herausgegeben von Otto Brunner, Peter Rassow, Joseph Vogt, Band V.) Wiesbaden 1962. Franz Steiner Verlag. 105 S.

Köllmann gibt hier auf Grund seiner fundierten Kenntnis der einschlägigen Materie und gleichsam als Ergänzung zu seiner umfangreichen „Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert“ einen Beitrag, der die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung aufzuklären hilft. Aus verschiedenen Archiven veröffentlicht er u. a. Polizeiberichte, Verhandlungsprotokolle der Unternehmer und ihrer Arbeiter, Stellungnahmen von Behörden und verschiedene Statuten, die über die Innung und die Streiks, die im Titel des vorliegenden Bandes genannt sind, Aufschluß geben. Außerdem stellt er in einer Einführung die „Entwicklung und Bedeutung“ der nach Produktion und Absatzgebieten recht unterschiedlichen Couleur- und Türkischrot-Färberei in den Städten Elberfeld und Barmen dar. Er zeigt, daß die sog. Gesellen der Türkischrot-Färberei „als die frühesten Industriearbeiter in den Wupperstädten gelten können“ (S. 4) und daß sie mit den Arbeitern der Couleurfärberei eine Vereinigung bildeten, die nur dem Namen nach eine Innung im herkömmlichen Sinne gewesen ist; denn die Statuten dieses Verbandes „enthielten nichts weniger als einen Tarifvertrag mit den Arbeitgebern“ (S. 5); allerdings bekämpften diesen Vertrag nun „nicht die industriellen Unternehmer, sondern die proletaroiden Kleinmeister“ (S. 10) der Couleurfärberei Barmens, die sich gegen wirtschaftliche Verluste und gegen ein weiteres gesellschaftliches Abgleiten zu wehren versuchten. Interessant auch folgendes: Die Färbergesellen, die „als eine bei allem Selbstbewußtsein ruhige und besonnene Arbeiterschicht“ (S. 10) zu verstehen sind, nahmen am Elberfelder Aufstand im Mai 1849 nicht teil; sie stellten sich sogar nachdrücklich auf die Seite ihrer Arbeitgeber. Dafür standen sie an der Spitze der Streiks, die im September 1855 und im Juni 1857 in Wuppertal ausbrachen und die damals die größten deutschen Streiks waren. Die geforderte allgemeine Lohnerhöhung konnten sie — wie auch die Schuhmachergesellen — jedoch nicht durchsetzen; sie mußten sich u. a. mit der Weiterzahlung einer Prämie begnügen. Abschließend geht Köllmann auch auf die Stellung der Behörden ein; er veröffentlicht u. a. Erlasse und Vorlagen des Innenministers v. Westphalen und des Handelsministers v. d. Heydt.

Eberhard Schmieder, Berlin

Karl Friedrich Wernet: *Handwerksgeschichte als Forschungsgegenstand*. 1. u. 2. Teil. (Forschungsberichte aus dem Handwerk, Band 4 u. 5, hrsg. vom Handwerkswissenschaftlichen Institut Münster, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut.) Münster 1961. 203 u. 248 S.

Wernet wünscht, daß die „Handwerksgeschichte zu einem eigenständigen Zweig der Kulturgeschichtsforschung“ werde. Er stellt — neben manchen berechtigten und auch unberechtigten Vorwürfen gegen die bisherige Forschung — fest, daß diese daran „im allgemeinen krank: zu viele Einzeluntersuchungen, die nicht systematisch ausgewertet und in wenigen Werken zusammengefaßt werden, und der Mangel an summarischen Werken, die alle aufgetretenen und darüber hinaus alle möglichen Gesichtspunkte berücksichtigen und theoretisch wie praktisch nutzbar machen“ (I, S. 161). Die Notwendigkeit, Einzeluntersuchungen zu betreiben, wird selbstverständlich betont. Aber es soll, wie Wilhelm Wernet im Vorwort feststellt, nun endlich „das Handwerk als Ganzes, Handwerk als ein menscheitsgeschichtliches Phänomen von universaler Bedeutung“ erfaßt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein umfassendes Forschungsprogramm entworfen, dem nachzukommen über die Kräfte eines einzelnen Gelehrten, ja einer ganzen Gelehrten generation weit hinausgeht und das voll zu erfüllen bei der z. T. dürftigen Quellenlage nicht möglich sein wird.

Als ersten Gegenstand der Forschung untersucht Wernet die Geschichte der Handwerksausübung; hier geht es vor allem um folgendes: „Die ganze Handwerksforschung muß vom ‚Handwerk‘ auf die ‚Handwerksberufe‘ umgestellt werden“ (I, S. 90). Es folgen die Geschichte der Handwerksberufe und dann die der Handwerkerzeugnisse sowie der handwerklichen Dienstleistungen. Der letzte Abschnitt weist auf die Hilfsmittel der Forschung hin, und was diese letzthin zu leisten habe, wird so formuliert: „1. die Tatsachen ermitteln, 2. fundamentale und prinzipielle Erkenntnisse bereitstellen, 3. das ringende Handwerk aneifern, stärken und ermutigen“ (I, S. 10 f.).

Das Programm, das Wernet entwirft — und er weiß sich, wie er selbst angibt, dazu berechtigt, es aufzustellen (I, S. 11) —, ist in seinem Umfange nur schwer zu überschauen. Dabei ließe es sich auch noch erweitern, etwa um ausführliche Untersuchungen des Lehr- und Arbeitsvertrages im Handwerk oder der mannigfachen Verbindungen handwerklicher Berufe mit nichthandwerklicher Tätigkeit, wie sie z. B. beim Hufschmied begegnet, der zugleich „Tierarzt“ war. Zu hoffen bleibt nur, daß die Anregungen, die Wernet gibt, auf fruchtbaren Boden fallen. Nur ist es leider noch immer so, daß ein Programm — verhältnismäßig — leicht und rasch aufgestellt werden kann, während die Erfüllung lange Zeit oder für immer auf sich warten läßt.

Eine kurze Bemerkung zum Literaturverzeichnis, weil dieses „lediglich den bibliographischen Bereich abstecken, erste Hinweise liefern“

will (II, S. 163) und weil gesagt wird, daß es „keine Geschichte des ‚Kaufladens‘, die vom Klappladen zum Supermarkt führt“ (II, S. 67), gibt: Theodor Bohner müßte mit seiner Chronik des Einzelhandels „Der offene Laden“ aufgenommen werden.

Eberhard Schmieder, Berlin

Warren B. Catlin: The Progress of Economics. A History of Economic Thought. New York 1962. Bookman Associates. 788 S.

Das vorliegende dogmenhistorische Lehrwerk entstammt der Feder eines Mannes, der seine akademische Ausbildung noch bei E. A. Ross, J. B. Clark und E. R. A. Seligman empfing und nach über fünfzigjährigem Wirken als Hochschullehrer heute seine Lebens- und Lehrerfahrungen vornehmlich in wirtschaftshistorischen und dogmengeschichtlichen Büchern und Aufsätzen sammelt. So trägt dieses brillant geschriebene Buch in gewisser Weise auch unverkennbare autobiographische Züge, denn „a chronic addiction to the history of economic thought, accompanied or followed by a disposition to record his findings and reflections, is most likely to be found in an older teacher of economics, who, at some point in his career, has been called upon to give a course in almost every branch of the subject, including the history itself with ramifications into sociology“ (S. 5). Aus der Fülle lehrgeschichtlicher Gesamtdarstellungen hebt sich Catlins Buch darin deutlich ab, daß es von der ersten bis zur letzten Seite jegliche unmittelbare Bezugnahme auf einzelne Gelehrtenpersönlichkeiten, Schulen und Doktrinen vermeidet und statt dessen den Erkenntnisfortschritten in allen wesentlichen Teilbereichen und Kardinalfragen der Wirtschaftstheorie nachspürt. Wohl unterrichtet der Autor seine Leserschaft eingangs über die Methodik des Ideenhistorikers, über die Rolle des wirtschaftlichen Hintergrunds und biographischer Aspekte sowie über die Einflüsse von Stil und Komposition auf den didaktisch-kritischen Ertrag, doch hält er sich bei derlei Vorbemerkungen nicht lange auf, sondern führt seine Leser sogleich in die Entwicklung der Nationalökonomie ein, um ihnen einen Begriff von der Kontinuität sowohl der auftauchenden Probleme als auch in der Arbeit der Vorläufer und Wegbereiter unserer Disziplin zu vermitteln, die — was der Autor oft geradezu spannend nachzuberichten versteht — manche Umwege und vergebliche Anläufe machten, um die Bauteile von Wirtschaft und Gesellschaft zu erkennen und ihre tieferen Zusammenhänge und Zeitgründe auszuforschen. Im Ergebnis hat Catlin ein eindrucksvolles und kontrastreiches Gesamtbild von der Entwicklung nationalökonomischen Denkens gezeichnet, dessen Fortschritte als die Früchte einer weltweiten Ideenkonkurrenz dargetan werden, die im Wandel der Sozialgeschichte immer wieder dogmatisch erstarrte Meinungsmonopole abzutragen vermochte.

Antonio Montaner, Mainz

Günter Baethge: Die logische Struktur der Wirtschaftsstufen. Wirklichkeit und Begriffsbild in den Stufentheorien (Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, Band 9). Meisenheim am Glan 1962. Anton Hain. 95 S.

In der vorliegenden Arbeit, die wohl als Dissertation bei *Waffenschmidt* angefertigt wurde, behandelt der Verfasser die Lehre von den Wirtschaftsstufen, wobei er sich auf die am häufigsten angewandten und in der Nationalökonomie am meisten bestrittenen Lehren von *List*, *Hildebrand*, *Bücher* und *Schmoller* beschränkt, und setzt sich kritisch mit den von *Eucken* verwendeten Begriffen „Realtypus — Idealtypus“ auseinander. Gleichzeitig ist Baethges „Versuch“ als Beitrag zu einer Ordnung in der wirtschaftswissenschaftlichen Methodologie gedacht (S. 9).

Im ersten Abschnitt vergleicht der Verfasser das den einzelnen Wirtschaftsstufentheorien zugrunde liegende geschichtliche Material mit der historischen Entwicklung im deutschen Wirtschaftsraum, um dann im zweiten Teil den logischen Charakter der Begriffsarten zu analysieren. Hier gewinnt der Verfasser seine drei Begriffe Idealtypus, historischer Durchschnittstypus und Modell, die ihm zur Lösung seiner Aufgabe dienen sollen und es ihm ermöglichen, kritisch zu dem *Euckenschen* Begriffspaar Stellung zu nehmen.

Dem Verfasser erscheint die Einordnung von Wirtschaftsstufen in begriffliche Kategorien nur dann sinnvoll, wenn mit diesen ein eindeutiger Sinn verbunden ist (S. 37). Daher versucht er, im dritten Teil diese logische Struktur der Begriffe in den einzelnen Theorien zu bestimmen.

Hier können nur einige Ergebnisse angedeutet werden, zu denen Baethge gelangt. *Euckens* Konfrontierung Idealtypus — Realtypus erscheint ihm sachlich und logisch anfechtbar. Der letztere ist ungeeignet, die logische Struktur der Stufenfolge zu bestimmen. Gleichzeitig weist Baethge *Euckens* Behauptung, seine reinen Idealtypen könnten sowohl ablauftheoretische Aufgaben erfüllen als auch wirtschaftliche Wirklichkeit wissenschaftlich erfassen, zurück (S. 49). Hinter dem *Weberschen* Begriff Idealtypus glaubt der Verfasser „mindestens drei höchst verschiedene logische Konstruktionen“ (S. 39) verborgen, nämlich die drei oben erwähnten Begriffe des Verfassers. Jeder Versuch, die Wirtschaftsstufen in ihrer Gesamtheit in eine Kategorie zu pressen, muß nach Baethge scheitern (S. 86). *List*s Einteilung ist nach Baethge großzügig aber richtig, seine Wirtschaftsstufen sind historische Durchschnittstypen, nur die beiden ersten bedürften kleinerer Korrekturen (S. 85). Besonders ausführlich befaßt sich der Verfasser mit den Wirtschaftsstufen von *Bücher*. Mit seiner Umformung historischer Durchschnittstypen zu reinen Idealtypen beschritt *Bücher* den „einzigsten“ gangbaren Weg, um „unübersichtliche, verschwommene und langatmige geschichtliche Begriffe durch ganz klare, fest umgrenzte und besonders leicht mitteilbare zu ersetzen“ (S. 73). Diese Wirtschaftsstufen sind logisch und historisch richtig. *Schmoller* schuf

historische Durchschnittstypen, ohne einen theoretischen Satz finden und beweisen zu wollen. Die *Hildebrandschen* Wirtschaftsstufen zeichnen sich nach Baethge durch eine recht undurchsichtige Vielfalt der Begriffe aus.

Die Lehre von den Wirtschaftsstufen reizt immer wieder Autoren, sich mit ihr unter den verschiedensten Gesichtspunkten zu befassen. Baethge hat viel Literatur mit Fleiß und Verständnis durchgearbeitet. Der Vergleich der Wirtschaftsstufen mit der wirtschaftlichen Entwicklung ist gut durchgeführt, den Ausführungen über *Bücher* und *Schmoller* und ihrer Kritik kann man zustimmen, ebenso der Kritik an *Lütges* Auffassung von einer mittelalterlichen Weltwirtschaft. Haben sich Baethges Erkenntnisse, soweit sie das Kernproblem betreffen, wirklich als allgemeingültig (S. 7 f.) erwiesen?

Die Arbeit liest sich nicht leicht, wozu wohl auch die Fülle der Anmerkungen — auf 82 Seiten reichlich 400 — beitragen mag. Mehrfach beruft sich Baethge auf die Schrift von *Cornelius* (z. B. S. 26, S. 27), was ich nicht für zweckmäßig halte. Eine Unsitte, die man heute leider mehrfach antrifft, ist die Angabe mißverständlicher Erscheinungsjahre, so für die 2. Auflage von *List* 1910 (S. 10), ebenso für die deutsche Übersetzung von *Smith* 1905 (S. 11). Der *Schmollersche* Grundriß ist auch nicht erst 1923 zum ersten Male erschienen (S. 94).

Bruno Schultz, Berlin

H. Correa: The Economics of Human Resources. Amsterdam 1963. North Holland Publishing Comp. 262 S.

Die Arbeit spannt einen weiten Bogen — über ein Gebiet, dem in der modernen Wirtschaftsforschung mit vollem Recht immer stärkere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die alte Erkenntnis, daß die menschliche Arbeitskraft Voraussetzung und gleichzeitig ein Hauptfaktor jeglichen wirtschaftlichen Geschehens ist, erlebt eine notwendige Renaissance. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich unmittelbar, daß die bewußte quantitative und qualitative Veränderung des Faktors Arbeit ein Mittel zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele darstellt. Die Ermittlung des Status quo — Bevölkerungszahl, Altersstruktur, Geschlechtsgliederung, Gesundheitszustand, Bildungsstand, Lebensniveau, Geburtenrate, Sterberate usw. usw. —, die Erforschung der Beeinflussbarkeit der Bevölkerungszahl und vor allem der Bevölkerungsqualität und schließlich die Ermittlung der wirtschaftlichen Wirkungen, die derartige Änderungen nach sich ziehen, sind die Hauptaufgaben, die sich der Forschung auf diesem Gebiet stellen. Die Weite des Gebietes ergibt sich aus dem Umstand, daß die Beschäftigung mit den qualitativen Bevölkerungsmerkmalen, mit ihrer Beeinflussbarkeit und ihren Wirkungen die Heranziehung außerökonomischer Wissenschaftszweige (Biologie, Psychologie, Soziologie) nötig macht. Die Stofffülle und die Fremdheit des betretenen Terrains ließen von vornherein keine erschöpfende Bearbeitung und Klärung der sich stellenden Probleme erwarten. So wirkt das Buch in manchen

Teilen skizzenhaft. Das gilt insbesondere für die ersten Kapitel, die den Grund legen sollen und doch wegen ihrer Kürze kaum dazu geeignet sind.

Der Verf. teilt seine Arbeit in zwei Teile: Arbeitsangebot und Nachfrage nach Arbeitskräften; diese Einteilung erweist sich jedoch als etwas gewaltsam und dem Inhalt des Buches nicht ganz entsprechend. Im 1. Teil werden die qualitativen Merkmale der menschlichen Arbeitskraft skizziert und die Faktoren erläutert, die die geistigen und körperlichen Fähigkeiten beeinflussen (Ernährung, Gesundheitszustand, Alter, Vererbung, Umwelt, Erziehung und Ausbildung). Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verf. den wichtigen Fragen, wovon die Nachfrage nach Ausbildungsleistungen und wovon das Angebot solcher Leistungen abhängig ist. Interessant sind in diesem Zusammenhang seine Versuche, den Zusammenhang zwischen Ausbildungsaufwand und Ausbildungserfolg an Hand von Lernkurven — die er „Ausbildungs-Produktionsfunktion“ nennt — aufzuzeigen. Die technischen Schwierigkeiten, die insbesondere der Messung des Ausbildungserfolges im Wege stehen, sind dem Verfasser natürlich bekannt. Der 2. Teil befaßt sich mit dem Zusammenhang zwischen Arbeitseinsatz und Produktionsertrag, wobei wiederum die Ausbildung der Arbeitskraft und ihr Einfluß auf den Produktionsertrag im Mittelpunkt stehen. Der Verfasser entwickelt ein mathematisches Modell, das auf dem Domar-Harrod'schen Wachstumsmodell basiert, in das aber als neue Variable der Ausbildungsstand eingeht. Es werden die Bedingungen eines gleichgewichtigen Wachstums analysiert, woraus sich der Trend der notwendigen Ausbildungsaufwendungen ergibt. Auch die Erörterung der Frage, welche zusätzlichen Anforderungen an den Erziehungs- und Ausbildungssektor durch eine erhöhte Wachstumsrate gestellt werden, verdienen insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungsplanung gesteigertes Interesse. Obwohl gerade die Modelle zu den hervorzuhebenden Teilen des Buches gehören, müssen sie sich hinsichtlich der Voraussetzungen Einwände gefallen lassen. So können sie das praktische und technische Problem der Ausbildungsentwicklung nicht lösen, stellen aber eine wertvolle Handhabe und einen Leitfaden für Entwicklungsplaner dar.

Hubertus Adebahr, Berlin

Patrick M. Boarman: Germany's Economic Dilemma. Inflation and the Balance of Payments. New Haven and London 1964. Yale University Press. 344 S.

Das viel beachtete Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit hat manche wirtschaftspolitischen Probleme der BRD erst in den letzten Jahren akut werden lassen. Für die Zeit bis etwa 1962/63 mag insofern das Zahlungsbilanzproblem als „Germany's Economic Dilemma“ schlechthin bezeichnet werden. Dieses Problem, das allerdings streng genommen nur für die späten 50er und frühen 60er Jahre als ein Dilemma angesprochen werden kann, erfährt durch die begrüßens-

werte Untersuchung von Boarman eine erste umfassende Darstellung und Analyse.

Der Untertitel des Buches „Inflation and the Balance of Payments“ erscheint dem Rezensenten nicht ganz zutreffend. Boarman geht es nicht nur um unterschiedliche Inflationsgrade und ihre Zahlungsbilanz-Konsequenzen, sondern darüber hinaus um die Problematik international unterschiedlicher autonomer Wirtschaftspolitik ganz generell: „Having whatever internal policy one wants, without regard to the international repercussions thereof, is the ultimate cause of the disequilibrium examined in this study“ (S. 320, vgl. auch S. 312). Das Fehlen einer Koordination der Wirtschaftspolitik in bezug auf die Priorität der Ziele, woraus sich auch das unzureichende Wirksamwerden der Zahlungsbilanzausgleichsmechanismen erklärt, ist das eigentliche Dilemma sowohl für die BRD wie auch international gesehen. Das ist der entscheidende Tenor der Untersuchung Boarmans, der alle Parteien der Arbeit bestimmt.

In den ersten drei Teilen der Studie werden zunächst die wichtigsten Ursachen und Konsequenzen des Zahlungsbilanzgleichgewichts der BRD klar und nicht ohne interessante neue Aspekte dargestellt und diskutiert. Der Teil IV ist dem Verhältnis zwischen „Internal Competition, Export Capability, and the Rate of Growth“ gewidmet. Hier macht Boarman den Versuch, der Frage intensiver nachzugehen, inwieweit der Exporterfolg (damit aber auch das Zahlungsbilanzdilemma) den vielfältigen Ausprägungen des Wettbewerbs bzw. einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik zugeschrieben werden kann. Das ist nicht nur im Hinblick auf die Wirtschaftsordnung der BRD ein wichtiges Kapitel. Ein überzeugender Beweis für einen eindeutig positiven Zusammenhang ist Boarman nicht gelungen, dazu sind manche Argumente zu problematisch. Der Versuch als solcher ist jedoch insgesamt und in Einzelheiten durchaus beachtenswert.

Schließlich werden im Teil V sowie in einem Epilog mögliche und tatsächlich ergriffene nationale und internationale Maßnahmen zur Beseitigung des Dilemmas erörtert. Diese Mittel beurteilt Boarman alle als mehr oder weniger erfolglos oder unangemessen, weil durch sie das prinzipielle Koordinationsproblem nicht gelöst wird. Aus der Logik der grundsätzlichen Argumentation Boarmans folgt, daß das Dilemma bestehen bleiben muß, solange eine teilweise Revision der wirtschaftspolitischen Präferenzordnung in der BRD nicht zur Diskussion steht (vgl. S. 222/23), da ja kaum angenommen werden kann, daß die Welt sich auf das Modell der BRD ausrichten wird.

Immerhin ist in den letzten Jahren die internationale Diskrepanz bei den Prioritäten der Zielpräferenzen zumindest in praxi geringer geworden. Dazu hat nicht zuletzt die BRD nolens volens den größten Beitrag geleistet. Zahlungsbilanzgleichgewichte scheinen keineswegs so überzeugend auf internationale Unterschiede in den Zielpräferenzen reduzierbar zu sein, wie das Boarman mit dem Beispiel der BRD zeigen zu können glaubt. Besondere „einmalige“ strukturelle Tatbestände haben vermutlich einen höheren Erklärungswert für länger-

fristige Ungleichgewichte als Unterschiede in den wirtschaftspolitischen „Leitbildern“. Es ist schade, daß Boarman der Gewichtung dieser beiden Erklärungsfaktoren nicht nachgegangen ist. Vielleicht ist das Buch auch noch zu früh geschrieben worden. Die Zahlungsbilanzkorrektur der letzten Jahre deutet darauf hin, daß auch die BRD unter normalen Bedingungen keine Wunder aufweist, sondern sich trotz des ordnungspolitischen Leitbildes dem „OECD-Standard“ angenähert hat.

Detlef Lorenz, Berlin

Paul Lambert: L'oeuvre de John Maynard Keynes. La Haye 1963. Verlag Martinus Nijhoff. 343 S.

„Bien que nulle année ne se passe sans que paraisse dans le monde au moins un ouvrage essentiellement consacré à la Théorie générale, John Maynard Keynes reste à la fois le plus cité et le moins connu des auteurs.“ Nach diesen einleitenden Worten des Autors wird also ein weiterer Nachschlüssel zum Eintritt in das Keynesische Gedankengebäude vorgelegt. Dabei muß der interessierte Besucher zunächst einmal den traditionellen Rundgang absolvieren. Auf den ersten 160 Seiten wird eine kurze Biographie von Keynes angeboten und der bis in die heutige Zeit hineinreichende Einfluß seiner Lehre aufgezeigt. Sodann wird die Lehre, wie sie in der „Allgemeinen Theorie“ ihren umfassenden Ausdruck gefunden hat, kurz und knapp vorgeführt, wobei besonderer Wert auf die Darstellung der Entstehungsgeschichte der Doktrin seit 1913 gelegt wird. Nun erst wird der Besucher in den Keller geführt und darf die Grundmauern des so eindrucksvollen Gedankengebäudes betrachten: Im zweiten, etwas ausführlicheren Teil seines Buches gibt Lambert eine kenntnisreiche Interpretation der früheren Werte *Keynes'* in ihrer besonderen Bedeutung für die Genesis seiner Lehre. So werden die Werke *Indian Currency and Finance* (1913), *The Economic Consequences of the Peace* (1919), *A Tract on Monetary Reform* (1923) und *The Economic Consequences of Mr. Churchill* (1925) unter diesem Blickwinkel betrachtet. Mit besonderer Sorgfalt wird schließlich die Abhandlung *A Treatise on Money* daraufhin untersucht, inwieweit die Ansätze der Keynesischen Lehre schon hier erkennbar werden (*L'éclairage de la Théorie générale par les faiblesses et par les forces du Traité*).

Das vorliegende Buch über das Werk von Keynes wird so zu einer „Keynesschen Ideengeschichte“, und darin liegt sein Verdienst.

Gerhard Kade, Darmstadt

Felix Morley (Hrsg.): The Necessary Conditions for a Free Society. Princeton, N. J. — Toronto — London — New York 1963. Van Nostrand Company, Inc. XVI und 239 S.

Der vorliegende 13. Band der „William Volker Fund Series in the Humane Studies“ gibt die Referate wieder, die von Gelehrten verschiedener Fachrichtungen im Rahmen einer Arbeitstagung in

Princeton Mitte Juni 1961 über „The Necessary Conditions for a Free Society“ erstattet wurden. Es liegt auf der Hand, daß die Erörterung eines derart weitgesteckten Generalthemas „raised more problems than it solved“, auch unter der vorgegebenen Einschränkung „what Americans have in mind when they acclaim the importance of human freedom“ (S. XIII f.). Die meisten Vorträge verharren jedoch nicht in Reflexionen über spezifisch amerikanische Ordnungs- und Wertkategorien, sondern greifen auf die Geschichte des abendländischen Freiheitsbegriffs zurück, um auch und gerade in den säkularen Wandlungen von Ideal und Wirklichkeit seit der Antike und dem frühen Christentum die Kontinuität des Freiheitsanspruchs und seiner Bedrohung sichtbar zu machen. Je mehr freilich die Referenten ihre Ausgangsfragen, Argumente und Beispiele der Gegenwart entnehmen und die Folgen aktueller Entscheidungen bedenken, desto weniger Raum belassen sie einer metaphysischen Verabsolutierung des Staats- und Freiheitsbegriffs, und statt dessen treten unverkennbar funktionalistische und institutionalistische Denkschemata hervor, die namentlich aus der Entwicklung vom Absolutismus zur konstitutionellen und parlamentarischen Demokratie eine Art „Erziehung des Menschengeschlechts“ (im Sinne etwa der Ethik John Deweys) machen. Sind so auch die Ergebnisse — Einsichten, Urteile und Mahnungen — zunächst auf die amerikanische Vorstellung vom „Common Man“ zugeschnitten, so werden sie doch zugleich zu den maßgeblichen Kriterien politischer Verantwortung und Selbstbehauptung in der ganzen westlichen Welt erklärt, was, soziologisch tiefer gesehen, eben mit der amerikanischen Gesellschaftsbildung und ihrer Verdrängung von Schichtungsproblemen durch egalitäre Normsetzung zusammenhängt.

Im einzelnen umfaßt das Buch folgende Essays: Political Conditions for a Free Society (Felix Morley), Economic Conditions for a Free Society (Karl Brandt), The Monetary Basis of a Free Society (Arthur Kemp), Freedom and Law (Emory H. Niles), Freedom and the Family (Herrell DeGraff), Freedom and the Assembly Line (Ben Moreell), Christianity and Freedom (T. Robert Ingram), Freedom: The Philosophical Problem (Eliseo Vivas), The Importance of Cultural Freedom (Richard M. Weaver), Problems in the Promotion of Freedom (H. W. Luhnow), Natural and Nurtural Limitations on a Free Society (Robert E. Cooke), The Physical Defense of Freedom (A. C. Wedemeyer), The Acceptability of Freedom (John Davenport).

Alles in allem beeindruckt dieses Sammelwerk durch die gedankenreichen Rückblicke auf die ideen- und sozialgeschichtlichen Ursprünge freiheitlicher Staatsgesinnung, die — trotz den unterschiedlichen Auffassungen über die Mittel und Wege — in jedem Autor einen engagierten und überzeugenden Sachwalter gefunden hat, nicht nur vor der Endinstanz des „American Way of Life“. Überdies führt uns das Buch mit größter Anschaulichkeit ein Exempel amerikanischer „Political Science“ vor Augen.

Antonio Montaner, Mainz

Hans Moser: Wilhelm Vershofens Beitrag zu einer Theorie des Verbraucherverhaltens. (Die Unternehmung im Markt, herausgegeben von G. Bergler, Nürnberg, J. Fettel, Hamburg, O. Hintner, München, H. Linhardt, Nürnberg, E. H. Sieber, Nürnberg, Band 10). Berlin 1963. Duncker & Humblot. 102 S.

Der heutige Entwicklungsstand und die Erkenntnisse auf dem Gebiete der Verbrauchsforschung sind wesentlich von den Arbeiten der Nürnberger Schule beeinflusst worden. Es ist schon deshalb eine dankenswerte Aufgabe, wenn Hans Moser in seiner Schrift die Verdienste Vershofens um die Erforschung des Konsumentenverhaltens untersucht. Seine wissenschaftliche Bedeutung erhält dieses Vorhaben dadurch, daß die Beiträge Vershofens zur Theorie des Verbraucherverhaltens nicht nur erfaßt, sondern darüber hinaus auch einer kritischen Beurteilung unterzogen werden.

Vershofen sah nach Moser eine wesentliche Aufgabe darin, den die wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmung und Haushalt bestimmenden Einflüssen nachzugehen. Dabei erkannte er, daß für das Verhalten der an die Unternehmung gebundenen Menschen im allgemeinen ein vorwiegend „rationales“ Vorgehen vorausgesetzt wird. Dagegen sind für den im Haushalt wirtschaftenden Verbraucher die außerökonomischen Zwecke von entscheidender Bedeutung; Vershofen erschien die auch heute noch häufige Feststellung, das Verhalten der Verbraucher sei „irrational“, keineswegs ausreichend, sondern er erblickte hier einen wesentlichen Gegenstand seiner Forschung. Er wandte sich der Analyse des Verbraucherverhaltens zu mit dem Ziel, das Marktgeschehen zu durchleuchten und funktionsfähiger zu gestalten. Damit wurde die Notwendigkeit erkannt, neben der quantitativen Erfassung der Bedarfsäußerungen der Konsumenten auch die „qualitative“ Verbrauchsforschung in die Wege zu leiten. Moser erfaßt in seinen weiteren Ausführungen die auf die Realisierung des Forschungsprogramms gerichteten Bemühungen Vershofens, die schließlich zur Entstehung des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung und zur Gründung der Gesellschaft für Konsumforschung e. V. (G.f.K.) führten.

Im zweiten Teil seiner Schrift behandelt Moser die Grundlagen und Ergebnisse der Nürnberger Verbrauchsforschung. Vershofen ging davon aus, daß der Konsument seinen Bedarf durch Marktentnahme deckt, im wesentlichen also durch Kauf, wobei Nominaleinkommen in Realeinkommen umgesetzt wird. Dabei ist die Stellung der Verbraucher im Wirtschaftskreislauf zu beachten, denn das Einkommen wird außerhalb des Haushalts im Bereich der Unternehmung erworben. Zwar kann niemand mehr ausgeben, als er einnimmt, doch besteht nach Vershofen die Möglichkeit der „affektuellen Überwältigung“ unter dem Einfluß des Angebots auf dem Gütermarkt. Die Verdichtung der Bedarfsimpulse zur Marktentnahme stellt Moser mit Hilfe eines Schemas dar, ehe er die „Analyse des Nutzens“ als „das Kernstück der Forschung“ behandelt. Diese Untersuchungen Vershofens und der Nürnberger Schule, die zur Aufspaltung des Nutzens in

Grundnutzen und Zusatznutzen und zur weiteren Zerlegung des Zusatznutzens führten, sind als „Nutzenleiter (klimax)“ allgemein bekannt geworden; sie fanden auch deshalb besondere Beachtung, weil die daraus abgeleitete Nürnberger Regel, „je spezieller eine Nutzenart im Sinne des Schemas der Leiter ist, desto stärker beeinflusst sie die Entscheidung“*, als Erklärung für das häufig den Modellvorstellungen vom Marktablauf widersprechende Kaufverhalten der Verbraucher diente.

In einem weiteren Abschnitt nimmt Moser kritisch hierzu Stellung. Er gelangt zu dem Ergebnis, daß es unzutreffend wäre, den Grundnutzen im Sinne Vershofens auf stofflich-technische Gütereigenschaften zu beschränken, und schlägt vor, die Begriffe „Grund- und Zusatznutzen“ durch die Bezeichnungen „genereller Nutzen“ und „spezieller Nutzen“ zu ersetzen; beiden Nutzenkategorien können jeweils stofflich-technische oder seelisch-geistige Einflüsse zugrunde liegen. Keine völlige Klarheit gewinnt der Leser, wie genereller Nutzen und spezieller Nutzen voneinander abzugrenzen sind; wären z. B. die von der Mehrzahl einer Konsumentengruppe für den Kauf eines Gutes als entscheidend angesehenen Prestigeeffekte als generelle oder als spezielle Nutzelemente zu klassifizieren? Der Verfasser selbst verweist auf derartige Fälle, ohne jedoch eine entscheidende Klärung vorzunehmen. Gegen die Nürnberger Regel macht Moser Bedenken geltend; sie hat nach seiner Ansicht nur für extreme Fälle Bedeutung. Die Frage, ob „Vershofen . . . selbst bereits Zweifel an der Gültigkeit seiner Regel gehegt“ hat, kann von dem allein Zuständigen leider nicht mehr beantwortet werden. An dieser Stelle wird die Problematik des — bekanntlich tautologischen — Nutzenbegriffes in voller Schärfe sichtbar. Die Nürnberger Regel war der Versuch einer bedingten Lösung.

Abschließend kann dem Verfasser das Gelingen seines Vorhabens attestiert werden, den Beitrag Vershofens zu einer Theorie des Verbraucherverhaltens kritisch darzustellen. Darüber hinaus bietet die Schrift Anregungen und Hinweise, die einer weiteren Diskussion und Untersuchung wert sind.

Günter Petermann, Berlin

Gerhard Göseke: Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik 1955—1959. (Deutsches Institut f. Wirtschaftsforschung. Sonderhefte Neue Folge Nr. 66.) Berlin 1963. Duncker & Humblot. 139 S.

Während für die Bundesrepublik die Verteilung der Einkommen auf die einzelnen Bezieher auf Grund der vorhandenen Statistiken noch einigermaßen ermittelt werden kann, liegen bisher nur wenige Angaben über die Einkommensverteilung auf die privaten Haushalte vor. Durch geschickte Kombination des verfügbaren Materials versucht Göseke, zu fundierten Schätzungen darüber zu gelangen.

* Vgl. *Vershofen*, Wilhelm: Die Marktentnahme als Kernstück der Wirtschaftsforschung. Berlin, Köln 1959. S. 91.

Ausgehend von der im Rahmen der „Zusatzerhebung zur Wohnungszählung“ im April 1957 durchgeführten Einkommensbefragung einerseits und den Angaben über die Haushaltsstruktur in der Bundesrepublik andererseits, werden von ihm die Einkommensangaben so hoch geschätzt, daß sich die entsprechenden Größen des Einkommens aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben. Dabei muß Göseke eine Reihe von Annahmen machen, die nicht unproblematisch sind — ganz abgesehen von den Unzulänglichkeiten der benutzten Statistiken, die bei den Angaben über die Höhe des Einkommens in der genannten Befragung besonders groß sind. Der Verfasser bezeichnet daher auch seine Berechnungen und deren Ergebnisse als Modell.

Ungeachtet derartiger kritischer Einwände kommt der Untersuchung jedoch eine große Bedeutung zu, da sie konkrete Anhaltspunkte über die Schichtung der Haushaltseinkommen liefert, und zwar in einer tiefen und vielgestaltigen Gliederung. Es wird für die einzelnen Einkommensgruppen sowohl nach der sozio-ökonomischen Schicht der Haushaltsvorstände, der Anzahl der Einkommensbezieher in den einzelnen Haushalten und der Größe der Haushalte, sowie nach den Veränderungen in den Jahren 1955 bis 1959 unterschieden. Die Überlegungen beziehen sich jeweils auf die Nettoeinkommen. Sofern man die Ergebnisse nicht überschätzt und sich der Voraussetzungen bewußt ist, kann das zur Verfügung gestellte Material recht gute Dienste leisten.

Alois Oberhauser, Freiburg i. B.

Werner Schultes: Preisdifferenzierung unter wettbewerbspolitischem Aspekt. (FIW-Schriftenreihe, Heft 14, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e. V. Köln.) Köln-Berlin-Bonn-München 1963. Carl Heymanns Verlag. 178 S.

In dieser Schrift, die überwiegend auf die wettbewerbspolitischen Aspekte der Preisdifferenzierung in den USA abstellt, behandelt Schultes zunächst einige theoretische Grundlagen der Preisdifferenzierung. Im zweiten Teil wird die Behandlung der Preisdifferenzierung im Clayton Act, im Robinson-Patman Act, im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB § 26) und im Montanunion-Vertrag interpretiert.

Der Schlußteil enthält Gedanken über Änderung der deutschen Wettbewerbspolitik im Hinblick auf die Behandlung der Preisdifferenzierung, und zwar insbesondere darüber, wie die von großer Nachfrage erzwungenen Preiszugeständnisse unterbunden werden können. Schultes gelangt zu dem Ergebnis, daß der bisherige § 26 GWB teilweise beibehalten werden kann: „Kartellen, marktbeherrschenden und preisbindenden Unternehmen (sei) die Preisdifferenzierung allerdings nur dann zu verbieten, wenn sie geeignet ist, den Wettbewerb zu beschränken.“ Um auch die Nachfrageseite zu berücksichtigen, soll außerdem allen Unternehmen verboten werden, „diskriminierende Vergünstigungen in Form von Rabatten oder Konditionen zu verlangen, sich versprechen oder gewähren zu lassen“. Diese Ergänzung

soll verhindern, daß starke Nachfrager ihre Lieferanten ständig unter Druck setzen und ihre kleinen Konkurrenten durch Macht und finanzielle Stärke ausschalten. „Wahrscheinlich wäre es aber noch besser“, so lautet das Fazit des Verfassers, „das Problem der Preisdifferenzierung im Rahmen der Bestimmungen (?) über die Ausnutzung einer wirtschaftlichen Machtstellung zu lösen.“

Die vorgeschlagene Ergänzung des GWB entspricht dem recht problematischen und nur bedingt wirksamen Robinson-Patman Act, der sich gegen die von Herstellern an große Abnehmer gewährten Mengenrabatte wendet und den Schutz der kleinen Wettbewerber vor der Konkurrenz erreichen wollte. Der Tenor der Untersuchung richtet sich also insbesondere gegen die von großen Abnehmern (speziell im Handel) bei den Herstellern „erzwungenen“ Preiszugeständnisse, die als Diskriminierung des Kleinhandels angesehen werden.

Abgesehen von der umfangreichen Darstellung des Robinson-Patman Acts (der einige Male als Clayton Act bezeichnet wird), werden bedauerlicherweise einige angeschnittene Probleme — beispielsweise die wettbewerbspolitische Beurteilung der Preisdifferenzierung oder der Nachfragemacht — nicht genügend vertieft. Das vage formulierte Ergebnis dieser Untersuchung und die vorgeschlagene Änderung des GWB sind daher nicht recht überzeugend.

Hanjo Lell, Berlin

Gerhard Albrecht: Die soziale Funktion des Genossenschaftswesens. Abhandlungen und Vorträge. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 402 S.

Dieses Buch gibt rund ein Dutzend Abhandlungen und Vorträge wieder, die von Gerhard Albrecht in den Jahren 1948 bis 1964 zur Entstehungsgeschichte der Genossenschaften, zur Theorie und Praxis ihrer sozialwirtschaftlichen Funktionen und zur Debatte über eine Reform des deutschen Genossenschaftswesens beigesteuert wurden. Die Sammlung ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste gilt dem Werk und Vermächtnis *Schulze-Delitzschs* und bietet damit eine Einführung in die allgemeinen Grundfragen genossenschaftlicher Wirtschaftsgesinnung und Selbsthilfe. Im zweiten Teil wird die historische und gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften von ihren sozialen Aufgaben her näher umschrieben, während der dritte Teil eine Reihe aktueller wirtschafts- und rechtspolitischer Einzelprobleme innerhalb der verschiedenen Genossenschaftssparten abhandelt und in einem Exkurs über das Genossenschaftswesen in Israel berichtet. Ein statistischer Anhang teilt aufschlußreiche Reihen und Verhältniszahlen zur jüngsten Entwicklung der deutschen Genossenschaften bis 1963 mit. Albrecht hat sein vorliegendes Buch dem Andenken Johann *Langs* gewidmet, der die Entwicklung der deutschen gewerblichen Genossenschaften als deren fünfter Anwalt tatkräftig förderte, und die hohen Verdienste Langs bald nach dessen Tod in einem schönen Nachruf in der „Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen“ (Band XI/1961) gewürdigt, der hier an Stelle eines Vorworts steht.

Antonio Montaner, Mainz

Frank M. Tamagna u. a.: *Monetary Management*. Prepared for the Commission on Money and Credit. Englewood Cliffs, N. J. 1963. Prentice-Hall, Inc. 472 S.

Die weltweiten Inflationierungstendenzen haben in den letzten Jahren zu einer verstärkten Beschäftigung mit den Grundlagen der Geldpolitik geführt. Dementsprechend hat in den Vereinigten Staaten die Commission on Money and Credit, eine Gründung des Committee for Economic Development, seit 1961 eine größere Anzahl von Werken aus der Geld- und Finanzpolitik herausgebracht, an denen jeweils eine Reihe von Fachleuten und Gelehrten mit Einzelstudien zum Generalthema des jeweiligen Bandes beigetragen hat.

Der vorliegende Band enthält sechs Studien zur Geldpolitik, insbesondere zur Geldpolitik der Vereinigten Staaten. Sie sind von hervorragenden Sachkennern der Materie geschrieben und dementsprechend sachlich kompetent und gründlich. Für die einzelnen Studien wurden von den Herausgebern detaillierte Aufträge erteilt, die von den einzelnen Autoren weitgehend eingehalten wurden.

Frank M. Tamagna (S. 1—174) gibt in seiner besonders ausführlichen Studie „Processes and Instruments of Monetary Policy: A Comparative Analysis“ eine Übersicht und Analyse der Techniken und Erfahrungen der Zentralbanken mehrerer Länder (Österreichs, Belgiens, Dänemarks, Englands, der Bundesrepublik, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Schwedens und der Schweiz, Argentiniens, Australiens, Japans, Mexikos und Neuseelands). Hierbei werden besonders die Techniken der Offenmarktpolitik, der Mindestreservepolitik und der direkten Kreditkontrolle der einzelnen Zentralbanken behandelt. Das Hauptinteresse gilt hierbei allen Neuerungen, die unter Umständen auch in den Vereinigten Staaten angewendet werden könnten. Ihrem Wesen nach ist diese Studie lediglich eine Bestandsaufnahme und Vergleichsanalyse. Schlußfolgerungen hinsichtlich einer Änderung der Zentralbankpolitik der USA fehlen daher. Insgesamt zeichnet der Beitrag sich durch eine systematische Überprüfung der umfangreichen Materie aus.

Warren L. Smith (S. 175—316) bietet in seiner Studie „Reserve Requirements in the American Monetary System“ die Mindestreservepolitik der Federal Reserve Banks. In seinen vor allem theoretischen Erwägungen behandelt er zunächst strukturelle Aspekte, dann die Mindestreservepolitik als konjunkturpolitisches Mittel und vor allem die Vorschläge für eine fundamentale Änderung in den Mindestreservesätzen. Der Kern liegt bei der Untersuchung, ob die Mindestreservepolitik für das Vortreiben größerer nationaler Ziele angewendet werden kann.

Der gründliche, zum Teil mit mathematischen Ableitungen versehene Beitrag kommt zu recht interessanten Änderungsvorschlägen. Zum Beispiel schlägt der Verfasser eine Abschaffung des gegenwärtigen Klassifikationsschemas vor. Die Reservepolitik sollte — außer in Notzeiten — sehr sparsam eingesetzt werden. Insgesamt sollte ihre Notwendigkeit nur im Gesamtzusammenhang mit der wirtschaftlichen

Entwicklung des Landes und ihren Erfordernissen gesehen werden. In diesem Zusammenhang gewinnt *Smiths* gründliche und ausführliche Erörterung der sonstigen vorliegenden Pläne zur Änderung der Reservepolitik besondere Bedeutung.

Clark *Warburton* (S. 317—360) behandelt in seiner Studie „Non-member Banks and the Effectiveness of Monetary Policy“ vor allem die Frage, ob alle Geschäftsbanken Mitglieder des Federal Reserve System werden oder ob nur einige von ihnen unter seiner Kontrolle bleiben sollten. Daneben gilt seine Arbeit den Wirkungen der Geldpolitik auf Nichtmitgliedsbanken und den möglichen Änderungen in den Mitgliedschaftsbestimmungen für Geschäftsbanken.

Diese eingehende Analyse gilt vor allem den Beziehungen des Federal Reserve Systems und seiner Politik zu denjenigen Geschäftsbanken, die nicht Mitglied des Federal Reserve System sind.

Michael D. *Reagan* (S. 361—402) widmet seine Studie dem Thema „The Internal Structure of the Federal Reserve: A Political Analysis“. Im einzelnen analysiert er die administrativen, organisatorischen und politischen Probleme, die aus der inneren Struktur und dem organisatorischen Aufbau des Federal Reserve System herrühren.

Der Verfasser will vor allem diejenigen Wirkungen des Federal Reserve System feststellen, die sich außerhalb des Einsatzes seiner geldpolitischen Mittel allein durch seine Unabhängigkeit, durch sein Gewicht in der öffentlichen Meinung und durch seinen Einfluß auf alle Regierungsmaßnahmen — insbesondere über die Offenmarktpolitik — ergeben.

Charles P. *Kindleberger* (S. 403—426) bringt in seiner Studie „Flexible Exchange Rates“ vor allem die Argumente für und gegen einen flexiblen Wechselkurs des US-Dollar. Hierbei berücksichtigt er die Rolle der Spekulation unter flexiblen Wechselkursen und den Einfluß flexibler Wechselkurse auf den Außenhandel und auf die Binnenwirtschaft. Besonders behandelt *Kindleberger* die Möglichkeiten, flexible Wechselkurse in einem Lande einzuführen, dessen Währung Reservewährung der übrigen Welt ist.

Neue Gedanken bringt *Kindleberger* nicht — aber der Vorteil seiner Analyse liegt in der straffen Behandlung aller Vorschläge und Erfahrungen, die bis zur Niederschrift des Manuskripts im Februar 1960 gemacht wurden.

Robert Z. *Aliber* (S. 427—472) schließlich gibt eine Studie über „The Adequacy of International Liquidity“. Sie behandelt zunächst die Probleme der Internationalen Liquiditätsversorgung in der Nachkriegszeit und bringt anschließend Schätzungen über den künftigen Bedarf an Internationaler Liquidität. Der Verfasser schließt mit einer Behandlung verschiedener Vorschläge, dem Bedarf an Internationaler Liquidität in der Welt auf die Dauer zu begegnen.

Im einzelnen beschreibt *Aliber* kurz die Vorschläge, den Goldpreis bzw. die IMF-Quoten zu steigern sowie den ersten und den zweiten Despres-Plan, den Bernstein-Plan, den Stamp-Plan und den Triffin-

Plan. Er analysiert anschließend die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Pläne. In dieser Vergleichsanalyse liegt der eigentliche Wert dieser relativ kurzen Studie.

Im ganzen bietet der vorliegende Band einen wertvollen Beitrag zu den vorhandenen geldpolitischen Studien. Wegen der heterogenen Themenstellung der einzelnen Aufsätze wäre eine Zusammenfassung allerdings gut gewesen.

Hans Kasten, Frankfurt

Heinz Schenk: Zur Frage der Verwendbarkeit des Einfuhrkontingents in der Marktwirtschaft. Eine kritische Stellungnahme zur These von der absolut mangelnden Einordnungsfähigkeit des Kontingents in die außenwirtschaftliche Ausgleichsautomatik. (Veröffentlichungen der Wirtschaftshochschule Mannheim. Reihe I: Band 12.) Stuttgart 1963. W. Kohlhammer Verlag. 145 S.

Der Verfasser beschäftigt sich in der vorliegenden Studie mit einem Grenzgebiet zwischen Devisen- und Handelspolitik, deren einstmals scharfe Trennungslinien immer fließender werden. Schenk untersucht die Frage, ob und inwieweit die Mechanismen des Zahlungsbilanzausgleichs durch Kontingente behindert werden. Um dieses Problem zu klären, gibt er im 1. Kapitel zunächst eine allgemein theoretische Grundlegung, in der im § 1 die bekannten primären Preiswirkungen partialanalytisch abgeleitet werden. Die Behauptung, daß die Inlandsproduktion um so stärker ausgedehnt wird, je größer die Preiselastizität der inländischen Nachfrage ist (S. 21), stimmt jedoch nicht. Es verhält sich vielmehr genau umgekehrt: Die einheimische Produktionszunahme ist um so größer, je unelastischer die inländische Nachfrage ist, was ohne weiteres einzusehen ist und an der Abb. 2 (S. 19) unschwer abgelesen werden kann, wenn man eine elastischere Nachfragekurve einzeichnet. Außerdem werden in diesem Kapitel die sekundären Preisreaktionen, die Einkommenswirkungen, die Folgen für den internationalen Preiskontakt und der Zusammenhang mit der Zollpolitik analysiert. Im 2. Kapitel setzt sich Schenk mit den Auswirkungen bestehender Kontingente auf die „Ausgleichskraft der Zahlungsbilanzmechanismen“ auseinander. Das Problem wird für den Geldmengen-Preis-, den Geldmengen-Einkommen- und den Wechselkursmechanismus erörtert, wobei für den Grad der Kontingentierung und die Zahlungsbilanzsituation jeweils verschiedene Bedingungen gesetzt werden. Im abschließenden 3. Kapitel befaßt sich der Autor mit dem Einfluß neu eingeführter Kontingente auf die Mechanismen des Zahlungsbilanzausgleichs unter verschiedenen Modellbedingungen. Als grundsätzliches Ergebnis seiner Analyse kann man festhalten, daß die „Grundstruktur der Zahlungsbilanzmechanismen unter Kontingentsbedingungen in der Umstellung von einer ‚Breitenwirkung‘ (Freihandel) auf eine ‚Tiefenwirkung‘ (Kontingentierung) besteht“ (S. 134). Mit der „Tiefenwirkung“ wird die Tatsache umschrieben, daß bei einem Zahlungsbilanzungleichgewicht der nichtkontingentierete Sektor

der Einfuhren und die Exportwirtschaft gegenüber dem Freihandelszustand eine erhöhte Ausgleichlast zu tragen haben.

So wenig dieses grundsätzliche Resultat der Untersuchung Schenks zweifelhaft ist, so viel könnte man zu Einzelfragen anmerken. Auf einige wenige Punkte sei an dieser Stelle hingewiesen: Es wird nur zwischen Import- und Importersatzgüterindustrien sowie einem „Restgüterbereich“ unterschieden, ohne die Exportwirtschaft nochmals auszuklammern. Außerdem werden mögliche Wanderungen von Produktionsfaktoren, die durch die Preisverschiebungen induziert werden, vernachlässigt. Dadurch werden viele Anpassungsvorgänge nicht berücksichtigt. Auch wäre es präziser gewesen, anstatt immer auf die Zahlungsbilanzmechanismen abzustellen, die Anpassung des Devisenmarktes zu untersuchen, und zwar einmal für eine Datenänderung bei bestehenden Kontingenten und zum anderen für den Fall, daß die Einführung von Kontingenten selbst die Datenänderung darstellt. Dieser Unterschied wird keineswegs klar und eindeutig gesehen, wie das 3. Kapitel zeigt. Denn Schenk diskutiert hier nur die „Sekundärauswirkungen“ der Kontingente, ohne zu beachten, daß auch die Primärwirkungen bereits den Devisenmarkt beeinflussen. Im übrigen sind die Modelle überaus vereinfacht, weil fast durchgängig die Rückwirkungen im Ausland außer acht gelassen werden. Des weiteren ist der Hinweis, daß bei einer Versteigerung von Einfuhrlicenzen im Gegensatz zur Einfuhrkontingentierung bei gleichzeitiger Zollbelastung eine Verbesserung des Realaustauschverhältnisses nicht zu erwarten ist (S. 137), unzutreffend, weil die Veränderung der Terms of Trade unmittelbar zunächst vom Rückgang der Importmenge abhängt, die bei einer Kombination handelspolitischer Mittel stets von der schärfer greifenden Intervention bestimmt wird. Die ausländischen Exporteure können nur dann einen Teil der Kontingentsrente an sich bringen, wenn sie ein Ausfuhrkartell bilden. Im übrigen können wir Schenks Meinung nicht teilen, daß durch seine Analyse die ordnungspolitischen Bedenken gegen Kontingente zumindest teilweise abgebaut würden. Die Tatsache, daß durch Kontingente unter bestimmten Bedingungen die Zahlungsbilanzmechanismen nicht völlig gelähmt werden, besagt noch nicht, daß sie mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung vereinbar sind. Ein Urteil hierüber ist erst dann möglich, wenn man alle ihre ordnungspolitischen Konsequenzen berücksichtigt, die allzuoft Initialzündungen für kumulative Interventionen in den marktwirtschaftlichen Ablauf sind und letztlich zu einer Transformation der Wirtschaftsordnung führen.

Helmut Gröner, Bonn

Das Angestelltenversicherungsgesetz. Kommentar von Hugo Koch, Otto K. Hartmann, 2. Auflage, bearbeitet u. hrsg. von A. v. Altröck u. P. Fürst. 15. Ergänzungslieferung (192 S., Stand Oktober 1963) u. 16. Erg.-lieferung (194 S., Stand Juli 1964). Berlin, Engel-Verlag.

Der Kommentar des Angestelltenversicherungsgesetzes wurde (nach dem Stande vom Oktober 1953) bereits in Schmollers Jb. 3. Heft,

75. Jg. (1955) angezeigt. Die häufigen und vielfältigen Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes haben dazu geführt, daß inzwischen die 15. Lieferung nach dem Stande vom Oktober 1963 und die 16. Lieferung nach dem Stande vom Juli 1964 erschienen sind. Wichtig sind in der 15. Lieferung vor allem die neuen Bestimmungen und Erläuterungen zum „Fremdrentengesetz“ (Fassung vom 25. 2. 1960), die „Beitragsüberwachungsverordnung“ vom 28. 6. 1963 und die Ausführungen über Weiterversicherung und Höherversicherung.

Aus der 16. Lieferung sind besonders folgende Abschnitte hervorzuheben: 1. Das Abkommen vom 25. 4. 1961 zwischen der BRD und dem Königreich Griechenland über soziale Sicherheit (in Kraft getreten am 1. 11. 1963); es bezieht sich auf Staatsangehörige der Vertragsparteien, deren Angehörige und Hinterbliebene, Flüchtlinge (im Sinne der Genfer Konvention), die sich im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gewöhnlich aufhalten. Streitigkeiten über Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien beigelegt werden (Artikel 51). 2. Allgemeines Abkommen vom 7. 12. 1957 zwischen der BRD und dem Königreich Belgien über soziale Sicherheit (in Kraft seit 1. 1. 1959), dazu das Gesetz vom 29. 5. 1963 und drei „Zusatzvereinbarungen“, die sich auf „Grenzgänger“, auf knappschaftlich versicherte Arbeitnehmer und auf die Zahlung von Renten für die Zeit vor Inkrafttreten des Abkommens beziehen. Im Kapitel 4 sind hier noch besondere „Verwaltungshilfen“ vorgesehen. 3. Das 6. Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie die Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung vom 21. 6. 1963. 4. Die 7. Verordnung über Änderungen der Beziehungsgrößen für die Berechnung von Renten vom 21. 12. 1963. 5. Die allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Einführung einer Versicherungsnummer in den gesetzlichen Rentenversicherungen vom 15. 2. 1964 mit Ergänzung vom 24. 2. 1964; hiernach erhalten jetzt alle Personen, die 1950 oder später geboren sind und versicherungspflichtig werden, die Versicherungsnummer, aus der u. a. genau das Geburtsdatum (ausgedrückt in 6 Ziffern) und das Geschlecht zu erkennen ist. 6. Allgemeine Verwaltungsvorschriften über Versicherungskarten und Aufrechnungsbcheinigungen in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten vom 27. 5. 1964. 7. Ein Überblick über die Angestelltenversicherung seit dem AnVNG (Angestelltenversicherungsneuregelungsgesetz), besonders über die anrechnungsfähigen Versicherungszeiten und die Ersatzzeiten sowie die „Fiktion der Erfüllung der Wartezeit“.

Schon aus diesem kurzen Überblick ist zu erkennen, warum und in welchem Umfang die Kommentierung des Angestelltenversicherungsgesetzes immer wieder ergänzt und fortgesetzt werden muß, damit der Benutzer überhaupt die Möglichkeit erhält, den Anforderungen der geschäftlichen und der wissenschaftlichen Praxis gerecht zu werden.

Peter Quante, Kiel